

Volksinitiative Futur 3.0 für den Agrar- und Lebensmittelsektor unhaltbar

Kommentare zur Studie

Zwei Volksinitiativen unter den Titeln «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung» und «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» wollen den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Bioziden verbieten oder Landwirtschaftsbetriebe, welche diese Produkte einsetzen, von Direktzahlungen ausschliessen. Während die erste Initiative Gegenstand mehrerer Studien war, insbesondere von Agroscope und der Fachhochschule BFH-HAFL, wurde die zweite bisher kaum untersucht. Um die Auswirkungen der Initiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» zu beurteilen, haben die Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien, der Schweizer Bauernverband, die IG Zukunft Pflanzenschutz, die Association des groupements et organisations romands de l'agriculture und die Schweizerische Vereinigung für einen starken Agrar- und Lebensmittelsektor Professor Charles Gottlieb vom makroökonomischen Institut der Universität St. Gallen beauftragt. Die Arbeiten dieser wissenschaftlichen Studie wurden unter Wahrung der akademischen Freiheit des Studienbeauftragten durchgeführt, der bewusst ausserhalb der Land- und Ernährungswirtschaft ausgewählt wurde. Die Besonderheit dieser Analyse liegt darin, dass sie sich mit den Auswirkungen der Initiative für die Land- und Ernährungswirtschaft, d. h. für die landwirtschaftliche Produktion und die Lebensmittelverarbeitung, befasst.

Die Autoren der Studie hatten Schwierigkeiten, einen geeigneten komparativen Rahmen zu finden, da der im Initiativtext verwendete Begriff «synthetische Pestizide» in der geltenden Gesetzgebung nicht klar definiert ist. Ein behelfsmässiger Rahmen für die Vergleichbarkeit wurde in der aktuellen biologischen Landwirtschaft gefunden, wohl wissend, dass Letztere synthetisch hergestellte Pflanzenschutzmittel einsetzt, wie zum Beispiel das Insektizid Spinosad oder Pheromonfallen. Bei wortgetreuer Umsetzung der Initiative wären die Konsequenzen somit sogar noch schwerwiegender als die Schlussfolgerungen der vorliegenden Studie.

Was die landwirtschaftliche Produktion anbelangt, so zeigt die Studie, dass die Initiative sowohl die pflanzliche als auch die tierische Produktion senkt, da die biologischen Betriebe einen höheren Grasanteil haben und 30 % weniger Tiere pro Hektare halten. Da die Erträge im Biolandbau im Schnitt tiefer liegen, würde die Annahme der Initiative einen Rückgang des Brutto-Selbstversorgungsgrades von heute 60% um 30 % auf nur noch 42 % bewirken. Zu erwarten wären ausserdem grosse Veränderungen im Produktsortiment. Das regionale Angebot an Zucker, Früchten, Gemüsen, Kartoffeln und Fleisch, insbesondere Schweine- und Geflügelfleisch, würde drastisch reduziert oder ganz wegfallen.

Während sich die öffentliche und politische Debatte auf die Pflanzenschutzmittel fokussiert, zeigt die Studie, dass die Biozide im Lebensmittelverarbeitungsprozess eine ebenso wichtige Rolle spielen. Sie werden in ähnlichen Mengen eingesetzt und sind kaum durch nicht synthetische Produkte ersetzbar. Die Initiative gefährdet die Sicherheit und Qualität der Lebensmittel, insbesondere bei sensiblen Produkten wie Fleisch. Biozide (vor allem Desinfektionsmittel) spielen zur Gewährleistung der Hygiene eine zentrale Rolle. Somit wäre die gesamte Wertschöpfungskette Fleisch sehr stark von der Initiative betroffen denn es wäre kaum mehr möglich unter Einhaltung der geltenden Hygienestandards Tiere zu schlachten und Fleisch zu verarbeiten.

Die Lagerung von Lebensmitteln und Rohstoffen ist ebenfalls stark betroffen. Die Studie zeigt, dass es zu einer Zunahme der Lebensmittelverluste (Food waste bei der Lagerung) käme.

Was den Lebensmittelimport betrifft, so sind die Importbeschränkungen der Initiative mit den internationalen Abkommen kaum vereinbar. Um den Bedarf der Schweizer Nahrungsmittelindustrie

zu decken, würden bei einer vollen Umsetzung der Initiative 21 % der weltweiten Bio-Kaffeeproduktion und 50 % der weltweiten Bio-Kakaoproduktion benötigt. Die durch die Initiative auferlegten Beschränkungen könnte Lebensmittelhersteller dazu veranlassen, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern, was zu einem Verlust von Arbeitsplätzen in der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft führen würde. Letztlich schränkt die Initiative den privaten Einkauf im Ausland (Einkaufstourismus) nicht ein, wodurch dieses für die Schweiz schädliche Phänomen noch zusätzlich angeheizt werden dürfte.

Im Bereich der internationalen Logistik wirft die Initiative praktisch unüberwindbare Probleme auf. In der Tat basiert die Logistik der grossvolumigen, losen Transporte auf nicht-biologischer Ware. Um diese Initiative umzusetzen, müssten sämtliche Importe in Containern erfolgen, was nicht realistisch ist (Kosten, Fristen, Logistik).

Die Analyse der Auswirkungen auf die Konsumentenpreise hat nachgewiesen, dass die Preisbildung für Lebensmittel stark von der Lebensmittelverarbeitung und dem Handel abhängt. Bei den Frischprodukten und wenig verarbeiteten Produkten werden die Konsumentenpreise stärker durch die landwirtschaftlichen Produzentenpreise beeinflusst – die regionale Produktion von Früchten und Gemüse würde also nicht nur reduziert, sondern auch teurer. Die Studie zeigt zudem einen grossen Informations- und Datenmangel zur Preisbildung in der Verarbeitung und im Detailhandel auf. Es war deshalb schwierig, eine genaue Entwicklung der Konsumentenpreise vorherzusagen. Da die Studie zeigt, dass die Verfahren, die in der Lebensmittelverarbeitung ohne Biozide auskommen, das Zehnfache kosten, und dass 90 % der Rohstoffeinkäufe auf Bio-Standards ausgerichtet werden müssten, ist mit einem sehr deutlichen Anstieg der Produktionskosten in der Lebensmittelverarbeitung zu rechnen. Diese Kosten würden im Inland wahrscheinlich auf die Konsumenten abgewälzt. Im Export würde diese Kostensteigerung die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen massiv beschädigen.

Erforscht wurde ausserdem die Auswirkung der Initiative auf das Bruttoinlandprodukt (BIP). Die Autoren der Studie kommen in der wissenschaftlich-makroökonomischen Analyse zu dem Schluss, dass die Landwirtschaft einen wirtschaftlichen Verlust erzeugt. Nicht berücksichtigt wurden die multifunktionalen und nicht marktfähigen Leistungen der Schweizer Landwirtschaft. Die Autoren der Studie führen in einem wirtschaftlichen Ansatz Daten zu Externalitäten (Umweltkosten) der eingesetzten Pflanzenschutzmittel an. Hier muss auf die fehlenden Daten und Zahlen für Biozide hingewiesen werden.

Vorsicht ist ebenfalls beim internationalen Vergleich der pro Hektar eingesetzten Pflanzenschutzmittelmengen geboten. Ein solcher Vergleich muss die Produktionsportfolios der verschiedenen Länder berücksichtigen. Ein auf Grünland und Ackerbau spezialisiertes Land wird automatisch weniger Pflanzenschutzmittel verbrauchen als ein Land wie die Schweiz mit zahlreichen Spezialkulturen (Rebbau, Obst, Gemüse usw.).

Bern, 7.10.2020

Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien

Schweizer Bauernverband

IG Zukunft Pflanzenschutz

Association des groupements et organisations romands de l'agriculture

Schweizerische Vereinigung für einen starken Agrar- und Lebensmittelsektor

⇒ <https://www.assaf-suisse.ch/de/studien>